

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
4.400 ukrainische Kinder an Schulen aufgenommen	1
Relaunch Wegweiser Thüringen	1
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Studie: Einwanderer im Osten gehen häufiger auf das Gymnasium	2
DAAD-Bericht: Zahl ausländischer Studierender auf Rekordwert	2
Teilnahme an Integrationskursen	2
Arbeitsmarkt-Studie	3
Statistik: Mehr ausländische Berufsabschlüsse anerkannt	3
Statistik: Jeder dritte Studierende aus dem Ausland bleibt in Deutschland	4
Das Bundesamt in Zahlen 2021	4
Studie: Jeder Dritte Tafel-Nutzer hat ausländische Wurzeln	4
Studie: Antimuslimische und antisemitische Einstellungen verbreitet	5
Weibliche Migration - Frauen in der Migrationsgeschichte	5
Forschungsbericht: Stand der Antidiskriminierungsarbeit	5
Flüchtlingsjahr 2022	6
GLOBALE NACHRICHTEN	6
UN-Bericht: Krisen machen Entwicklungsfortschritte zunichte	6
Welthunger-Index 2022: Zahl der Hungernden auf 828 Mio. gestiegen	6
FÖRDERMITTEL	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

4.400 ukrainische Kinder an Schulen aufgenommen

Gut sieben Monate nach Beginn des Ukraine-Kriegs haben die Schulen in Thüringen mehr als 4400 geflüchtete Kinder und Jugendliche aus dem von Russland angegriffenen Land aufgenommen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) gab am Donnerstag die Zahl von 4454 Kindern an. Mehr als 120 davon besuchen eine berufsbildende Schule, die große Mehrheit wurde also an allgemeinbildenden Schulen aufgenommen. Die meisten Schüler sind bisher in Nordrhein-Westfalen (36.558),

Bayern (29.014) und Baden-Württemberg (26.573) untergekommen. Die Zahlen sind seit Kriegsbeginn im Februar stetig angestiegen. Nach Angaben von Bildungs- und Lehrerverbänden verschärft die Entwicklung den in Deutschland bestehenden Lehrkräftemangel weiter. Insgesamt gibt es hierzulande etwa elf Millionen Schülerinnen und Schüler. Quelle: Süddeutsche Zeitung 06.10.2022

Relaunch Wegweiser Thüringen

Seit über 10 Jahren hat sich der Thüringer Wegweiser für die Integrations- und Flüchtlingsarbeit in Thüringens etabliert. Über 500 Adressen sind eingestellt. Somit existiert für die Landkreise und kreisfreien Städte eine gute Übersicht über die Angebote für Zugewanderte. Das erspart Zeit und erleichtert die Suche. Sie können auf Ihren Landkreis oder kreisfreie Stadt klicken und finden die entsprechenden Ansprechpartner*innen. Zurzeit wird das Layout überarbeitet und inhaltliche Verbesserungen vorgenommen. Mit dem nächsten Jahr werden unsere

Seiten dann auch endlich für Smartphones und Tablets geeignet und sehr viel übersichtlicher sein. Aus diesem Grund bitten wir um folgendes:

- Überprüfen sie die Aktualität Ihrer Daten auf der Internetseite.
- Teilen Sie uns Veränderungen mit.
- Wenn Ihre Daten nicht eingestellt sind, dann melden Sie sich bitte bei uns per Telefon 0361 6431535 oder per E-Mail info@integration-migration-thueringen.de
- Wenn Sie Veränderungsvorschläge, Hinweise oder Tipps haben, dann schicken Sie uns diese.

Vielen Dank.



Home | Kontakt (206) | Netzwerk | Datenschutz | Impressum

Wegweiser
für Integration und Migration

Herzlich Willkommen
Die Website "Wegweiser für Zugewanderte in Thüringen" bietet Ihnen

- einen Newsletter "Integration und Migration in Thüringen"
- eine Übersicht über zuständige Ämter und Behörden des Freistaates Thüringen sowie
- einen "Kommunalen Wegweiser" zur Suche von Anlaufstellen für Zugewanderte in den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens.

Kommunaler Wegweiser Thüringen

Mithilfe des Wegweisers können Sie Anlaufstellen für Zuwanderer in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates Thüringen für folgende Angebote suchen:

1. Beratung
2. Sprachkurse
3. Suche Beratung
4. Sprachausbildung
5. Sozialleistungen
6. Schulische Freizeit

Weniger... Integrationen in Thüringen finden Sie unter [www.wgweiser.de](#)

Kontakt
für Eintrag im Wegweiser

Internationale Zahl: +49 361 6431535
Telefon im Freistaat Thüringen: +49 361 6431535
Telefon im Freistaat Thüringen: +49 361 6431535
Telefon im Freistaat Thüringen: +49 361 6431535
E-Mail: info@integration-migration-thueringen.de

© 2022 by internationale Zahl: +49 361 6431535 für Integration und Migration in Thüringen

Alleinleit- & Service | Ämter & Behörden | Kommunaler Wegweiser

Suche mittels Sucherfeldern

Regionale Suche
Kreisfreie Städte
Erfurt (ER)
Gera (G)
Jena (J)
Suhl (SHL)
Weimar (WE)

Landkreise

Altenburger Land (ALB)
Eichsfeld (EFC)
Gotha (GTH)
Greiz (GRZ)
Hildburghausen (HBN)
Ilm-Kreis (IK)
Kyffhäuserkreis (KYF)
Nordhausen (NHN)
Saale-Holzland-Kreis (SHK)
Saale-Orla-Kreis (SOK)
Saalfeld-Ortenburg (SOF)
Schweinfelder-Münsterland (SM)
Sömmerberg (SOM)
Sonneberg (SON)
Unter-Aller-Kreis (UAK)
Wartburgkreis (WAK)
Weimarer Land (WL)

Kommunaler Wegweiser
Der Kommunale Wegweiser bietet regionale Ansprechpartner und Angebote für Zugewanderte in Thüringen.

Hinweis: Eine Region können Sie per Klick auf einen Landkreis bzw. kreisfreie Stadt in der Karte auswählen oder über das Neugeneratorfeld.

Zur Nutzung des Kommunalen Wegweisers

1. Regionale Suche (in zwei Schritten)

1. Schritt: Anzeige zuständige Ämter und Behörden sowie Anlaufstellen für eine ausgewählte Region
- Per Mausklick auf einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt in der Karte bzw. im eingebundenen Menü erhalten Sie eine Übersicht der zuständigen Ämter und Behörden für die Region sowie eine rammentliche Auflistung aller weiteren Anlaufstellen in der Region.
- Gleichzeitig mit der Auflistung der Anlaufstellen wird Ihnen ein Auswahlfeld für die Angebote auswahlfeld (ist ein Anwahl nicht im Auswahlfeld) enthalten, um kurz für den Kreis bzw. die kreisfreie

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie: Einwanderer im Osten gehen häufiger auf das Gymnasium

In ostdeutschen Bundesländern besuchen Schüler aus Einwandererfamilien deutlich häufiger ein Gymnasium. Grund sei die soziale Herkunft der Eltern. Im Westen arbeiteten Migranten häufiger als niedrig qualifizierte Arbeitskräfte. Das geht aus einer aktuellen Studie hervor.

Jugendliche aus Einwandererfamilien besuchen einer Studie zufolge in Ostdeutschland deutlich häufiger das Gymnasium als im Westen. Eine am Dienstag veröffentlichte Auswertung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) zur Bildungssituation von jungen Menschen ergab, dass im Osten 56 Prozent der Jugendlichen aus Einwandererfamilien ein Gymnasium besuchen, in Westdeutschland dagegen lediglich 28 Prozent. Hauptgrund sei die soziale Herkunft der Eltern.

Ostdeutsche Jugendliche, deren Eltern nach Deutschland migriert seien, besuchen demnach sogar häufiger ein Gymnasium als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler, deren Eltern in Deutschland geboren wurden. Weil viele Migrantinnen und Migranten im Osten aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion kämen, verfügten sie über ähnliche Qualifikationen wie Ostdeutsche ohne Einwanderungsgeschichte, hieß es weiter.

Die Studie finden Sie hier: file:///C:/Users/ZIM/Downloads/10.1515_zfsoz-2022-0012.pdf

MiGLETTER 19.10.2022

DAAD-Bericht

Zahl ausländischer Studierender in Deutschland steigt auf Rekordwert

Trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie bleibt Deutschland für Studierende aus dem Ausland eine attraktive Adresse. Im Wintersemester 2021/22 waren rund 350.000 internationale Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben - ein neuer Rekord.

Trotz der Corona-Pandemie haben die deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich nicht an Attraktivität eingebüßt. Im Gegenteil: Im Wintersemester 2021/22 stieg die Zahl ausländischer Studentinnen und Studenten an den Hochschulen auf einen Rekordwert von rund 350.000 Menschen, wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) sowie das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) am Freitag in Bonn anlässlich der Vorstellung der Publikation „Wissenschaft weltweit 2022“ mitteilten. Die Zahl sei ein Rekord und stelle einen Zuwachs von acht Prozent gegenüber dem Jahr davor dar.

Die Hochschulen in Deutschland seien damit trotz der Corona-Folgen international begehrt wie nie, hieß es. „Deutschlands Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben weltweit einen hervorragenden Ruf und große Anziehungskraft. Der vierte Platz direkt hinter den klassischen Gastländern USA, Vereinigtes Königreich und Australien ist sehr erfreulich und zugleich ein Ansporn für die Zukunft“, sagte Bundesbildungsministerin Bettina

Stark-Watzinger (FDP). Studierende aus dem Ausland stellen „ein enormes Fachkräftepotenzial dar, das wir künftig noch besser ausschöpfen sollten. Zudem zeigt sich, dass Deutschland mit Blick auf die Zahl internationaler Studierender vergleichsweise gut durch die Corona-Zeit gekommen ist.“

Deutschlands guter Ruf

Auch die Zahl internationaler Studienanfänger stieg im vergangenen Wintersemester wieder an: auf rund 74.000. Während der Corona-Pandemie hätten sich die weltweiten Mobilitätsströme internationaler Studierender verändert, sagte DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee. „Deutschland konnte dabei auch während der vergangenen beiden Jahre seinen guten Ruf bei Studierenden und Promovierenden in aller Welt halten und erntet nun die Früchte der andauernden Bemühungen um Qualität und Betreuung internationaler Studierender an den Hochschulen im Land“, betonte er. Zunehmend fänden ingenieurwissenschaftliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer das Interesse ausländischer Studierender, sagte die wissenschaftliche Geschäftsführerin des DZHW, Monika Jungbauer-Gans. „53 Prozent der internationalen Studierenden haben sich im vergangenen Wintersemester in einem solchen Studiengang eingeschrieben.“ Die Top-5-Herkunftsländer ausländischer Studierender waren demnach im vergangenen Jahr China mit rund 40.000 Studierenden, gefolgt von Indien (34.000), Syrien (16.500), Österreich (14.500) und der Türkei (12.500).

Mehr Inder, weniger Chinesen

Derzeit gebe es allerdings unterschiedliche Entwicklungen bei den beiden führenden Ländern, hieß es weiter. Während die Zahl indischer Studierender im Laufe eines Jahres um 18 Prozent zunahm, stagniert die Anzahl chinesischer Studierender. Bei Studienanfängerinnen und -anfängern aus China gab es sogar ein Minus von fünf Prozent. Sollten beide Trends anhalten, dürfte Indien China als wichtigstes Herkunftsland internationaler Studierender in Deutschland in naher Zukunft ablösen.

Auch deutsche Studentinnen und Studenten sind den Angaben zufolge „auf hohem Niveau“ international mobil: Rund 138.000 von ihnen studieren laut der letzten Erhebung im Ausland. Die Zahl bewegt sich seit rund fünf Jahren auf ähnlichem Level. Insgesamt hat sich die Zahl der Auslandsstudierenden seit 1991 allerdings mehr als vervierfacht. Besonders beliebt für ein Auslandsstudium sind weiterhin Österreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich. Dort wurde allerdings aufgrund des Brexits ein Rückgang von über zehn Prozent gegenüber 2016 gemessen.

MiGLETTER 19.10.2022

Teilnahme an Integrationskursen

Im Jahr 2021 nahmen weniger Menschen an einem Integrationskurs teil als 2020: Die Zahl ging von 176.000 auf 104.000 zurück, wie aus der aktuellen Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervorgeht. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden hat sich nicht stark verändert: Weiterhin kommt der größte Anteil aus Syrien, gefolgt von der Türkei, Rumänien und Afghanistan. Mehr Informationen im aktualisierten Dossier: <https://mediendienst-integration.de/integration/mehrsprachigkeit.html#c2276>.
Quelle: Mediendienst Integration 21.10.2022

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Arbeitsmarkt-Studie

Der Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt verändert auch die Anforderungen. Deutlich häufiger verlangen Arbeitgeber in Stellenanzeigen Deutschkenntnisse von zukünftigen Mitarbeitern. Das geht aus dem Jobmonitor der Bertelsmann Stiftung hervor. Danach sind Englischkenntnisse weniger gefragt.

Eine erste Analyse von mehr als 48 Millionen Stellenanzeigen zeigt: Deutschkenntnisse sind in Zeiten des Fachkräftemangels immer wichtiger. Sprachkenntnisse werden mittlerweile für jede vierte Stelle explizit eingefordert. Vor vier Jahren war es nur jede Fünfte. Dies entspricht einem Anstieg von 28 Prozent. „In Zeiten des Fachkräftemangels ist das gleichzeitig eine große Chance für Zugewanderte. Besitzen sie die benötigten Fachkompetenzen und sprechen zusätzlich die deutsche Sprache, steht ihnen ein Drittel mehr Arbeitsplätze offen“, sagt Martin Noack, Bildungs- und Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann Stiftung.

Bei der Nachfrage nach Deutschkenntnissen ganz vorne liegen die Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologie-Berufe mit knapp 38 Prozent aller Stellenanzeigen weit vorn. Gleichzeitig stellt diese Berufsgruppe mit 8,5 Prozent aller Stellen den größten Anteil am vorliegenden Datensatz. „Die Möglichkeit, Arbeit hauptsächlich remote zu erledigen, erleichtert in diesen Berufen die Beschäftigung von Fachkräften aus aller Welt. Mit Englischkenntnissen allein scheint aber aus Sicht der Arbeitgeber eine Integration ins Team oder die detaillierte Besprechung von Kundenwünschen nicht immer zu gelingen“, heißt es in der Studie. Tatsächlich ist im Vergleich zwischen 2018 und 2021 die Nachfrage nach Englischkenntnissen um 12 Prozent zurückgegangen.

Anders sieht es bei den sogenannten „Soft Skills“ aus, die bei den Anforderungsprofilen immer mehr an Bedeutung gewinnen. In Zeiten der Dauerkrise steigt bei Arbeitgebern die Nachfrage nach Besonnenheit (+73 Prozent), Einfühlungsvermögen (+39 Prozent) und einer positiven Grundeinstellung (+26 Prozent) besonders deutlich an. Auch ein sicherer Umgang mit Daten (+62 Prozent) und digitaler Identität (+34 Prozent) wird stärker gefordert. Das könnte eine Folge der Coronakrise mit mehr Homeoffice und Online-Kommunikation sein. Denn auch die Fähigkeit, andere zu motivieren, gewinnt in Zeiten zunehmend virtueller Teams den Angaben zufolge an Bedeutung (+37 Prozent).

Klassiker unter den Soft Skills

Dennoch habe die Dauerkrise die Klassiker unter den Soft Skills nicht von ihren Spitzenplätzen verdrängen können. Die Arbeitgeber forderten im August 2022 in knapp der Hälfte der untersuchten Online-Stellenanzeigen „Einsatzbereitschaft“. In knapp einem Drittel der Job-Angebote ist „Teamfähigkeit“ gefragt. In einem Viertel der Anzeigen fordern sie „Selbstständigkeit“. „Kreatives Denken“ oder „Sorgfalt“ spielen dagegen nur eine nachgeordnete Rolle.

Eine vermeintliche Selbstverständlichkeit widerlegt der Jobmonitor: Das Thema Digitalisierung ist keineswegs auf breiter Front in der Arbeitswelt angekommen. Digitale Grundkompetenzen sind zwar besonders wichtig bei Finanzen, Recht und Management, in mehr als der Hälfte aller Berufsgruppen spielt der kompetente Umgang mit klassischen Office-Programmen dagegen nicht einmal in jeder zehnten Jobanzeige eine Rolle.

Regionale Unterschiede

Der Jobmonitor zeigt zugleich auch deutliche regionale Unterschiede bei der Nachfrage nach bestimmten Soft Skills auf. Das belegt der Blick auf das Thema „Verlässlichkeit“. Zum einen ist die Nachfrage in den Städten deutlich geringer als in ländlichen Regionen. Zum anderen wird diese klassische Kerntugend – sie wird in 20 Prozent aller Online-Jobanzeigen bundesweit eingefordert – in den neuen Bundesländern deutlich häufiger nachgefragt als in den alten. „Dies dürfte unter anderem mit regionalen Werteunterschieden zusammenhängen“, heißt es.

Für die Studie wurden Daten aus mehr als 48 Millionen Online-Jobanzeigen mit einem Algorithmus ausgewertet.

„Täglich kommen etwa 200.000 Stellenanzeigen hinzu. Bei normaler Lesegeschwindigkeit bräuchte ein Mensch etwa ein halbes Jahr, um die Stellenanzeigen eines Tages zu lesen“, heißt es. Die Algorithmen des Jobmonitors schaffen das über Nacht.

Quelle: MiGLETTER 10.10.2022

Statistik: Mehr ausländische Berufsabschlüsse anerkannt

Die Zahl der im Ausland erworbenen und in Deutschland anerkannten Berufsabschlüsse ist im Jahr 2021 weiter gestiegen. Allerdings war der Zuwachs schwächer als in den Vorjahren. Die meisten positiven Bescheide entfielen auf medizinische Berufe und Abschlüsse aus Bosnien und Herzegowina.

Insgesamt seien 2021 bundesweit 46.900 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt worden. Das waren fünf Prozent mehr Anerkennungen als im Jahr 2020 (44.800), als die Zahl ebenfalls um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen war. Die zweistelligen Zuwachsraten der Jahre 2016 bis 2019 wurden damit nicht mehr erreicht.

Inwiefern das seit März 2020 geltende Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die Corona-Pandemie diese Ergebnisse beeinflussten, lässt sich nach Angaben des Bundesamtes anhand der Daten nicht beurteilen. Wie in den Vorjahren entfielen auch 2021 rund zwei Drittel (31.400) aller anerkannten Berufsabschlüsse auf medizinische Gesundheitsberufe.

Abschlüsse aus mehr als 170 Staaten anerkannt

Die Liste der am häufigsten anerkannten Berufe hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert: Sie wird weiterhin angeführt vom Beruf Gesundheits- und Krankenpfleger mit 16.000 Anerkennungen. Mit deutlichem Abstand folgten die Berufe Arzt mit 8.200, danach die Berufe Ingenieur (2.200), Lehrer (1.700) und Erzieher mit 1.300 Anerkennungen.

Im Jahr 2021 wurden Berufsabschlüsse aus mehr als 170 Ausbildungsstaaten als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt. 10.500 Anerkennungen von Abschlüssen entfielen auf andere EU-Mitgliedstaaten. Nach einzelnen Staaten betrachtet wurden Anträge aus Bosnien und Herzegowina (4.400), den Philippinen (3.500) und Serbien (2.900) am häufigsten positiv beschieden.

Quelle: MiGLETTER 16.09.2022

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Statistik: Jeder dritte Studierende aus dem Ausland bleibt in Deutschland

Von 2006 bis 2021 haben über 600.000 internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten eine Aufenthaltserlaubnis für ein Studium in Deutschland erhalten. Mehr als ein Drittel sind laut Statistikamt langfristig in Deutschland geblieben, jeder Vierte hat sich einbürgern lassen.

Mehr als ein Drittel der jungen Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die zwischen 2006 und 2011 ein Studium in Deutschland begonnen haben, leben auch zehn Jahre später noch in Deutschland. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des demografischem Wandels stellen Studierende aus Nicht-EU-Staaten somit eine wichtige Ressource für den deutschen Arbeitsmarkt dar, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch in Wiesbaden mitteilte.

Rund 184.200 internationale Studierende erhielten zwischen 2006 und 2011 erstmals einen Aufenthaltstitel zu Studienzwecken in Deutschland. Laut Ausländerzentralregister lebten nach fünf Jahren noch 48 Prozent und nach zehn Jahren noch 38 Prozent von ihnen weiterhin in Deutschland. Nach aktuellen Auswertungen der OECD gehört die Bleibequote von internationalen Studierenden in Deutschland zu den höchsten unter den OECD-Ländern.

Von den internationalen Studierenden, die nach zehn Jahren weiterhin in Deutschland lebten, hatten nach den Angaben 32 Prozent einen Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken. Dieser Anteil fiel unter ehemaligen chinesischen Studierenden mit 53 Prozent am höchsten aus.

Viele lassen sich einbürgern

Viele internationale Studierende integrieren sich nach ihrem Studium in Deutschland nicht nur erfolgreich auf dem hiesigen Arbeitsmarkt, sondern entscheiden sich für eine Einbürgerung, wie die Statistikbehörde weiter mitteilte. So hatten nach zehn Jahren 28 Prozent der ehemals internationalen Studierenden, die noch in Deutschland lebten, die deutsche Staatsbürgerschaft. Überdurchschnittliche Anteile an Eingebürgerten waren nach zehn Jahren unter kamerunischen (50 Prozent), brasilianischen (34 Prozent) und indischen (32 Prozent) Studierenden zu beobachten.

Auch familiäre Gründe können ein Motiv sein, langfristig in Deutschland zu bleiben. 21 Prozent der internationalen Studierenden, die nach zehn Jahren noch in Deutschland lebten, hatten einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen. Im Vergleich der ausgewählten Staatsangehörigkeiten fiel dieser Anteil vor allem bei russischen Studierenden (38 Prozent) hoch aus.

Quelle: MiGLETTER 13.10.2022

Das Bundesamt in Zahlen 2021

Die Broschüre "Das Bundesamt in Zahlen 2021" bietet Informationen über die Entwicklungen in den Bereichen Asyl, Migration und Integration und dokumentiert anhand von Daten und Fakten die Arbeit des BAMF.

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2021.html>

Quelle : BAMF-Newsletter Nr. 08/2022

Studie: Jeder Dritte Tafel-Nutzer hat ausländische Wurzeln

Rund 1,1 Millionen Menschen nutzen Tafeln, um günstig an Lebensmittel zu kommen - mehr als jeder Dritte hat ausländische Wurzeln. Das geht aus einer aktuellen Studie hervor. Danach werden die Tafeln seit dem Ukraine-Krieg stärker beansprucht.

Alleinerziehende und Schwerbehinderte nutzen einer Studie zufolge Tafeln besonders häufig. Jeweils rund ein Drittel der Tafelbesucherinnen und -besucher gehört zu diesen beiden Gruppen, wie eine am Mittwoch in Berlin vorgestellte Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt. Die DIW-Studie liefert den Angaben zufolge erstmals repräsentative Daten zur Nutzung von Tafeln.

Danach suchten im ersten Halbjahr 2020 knapp 1,1 Millionen Menschen in Deutschland die Tafeln auf, das sind etwa 1,3 Prozent der Bevölkerung. Darunter finden sich mehr Frauen, Personen mit Migrationserfahrung, geschiedene oder getrenntlebende Personen und Erwerbslose.

„Offenbar gibt es eine relevante Gruppe von Menschen, die mithilfe der Tafeln ihre Nahrungsmittelversorgung sicherstellen müssen“, sagte DIW-Forscher Markus M. Grabka.

Migranten erster Generation nutzen Tafeln oft

„Da Personen mit Migrationshintergrund ein überdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen, ist zu erwarten, dass diese Bevölkerungsgruppe auch häufiger Tafeln besucht“, heißt es in der Studie. Dies habe sich in der Erhebung aber nur teilweise bestätigt. Denn nur Personen mit persönlicher Migrationserfahrung haben den Angaben zufolge Tafeln deutlich häufiger in Anspruch genommen. Ihr Anteil beläuft sich auf 27 Prozent. Anders verhält es sich mit Personen mit Migrationserfahrung in der zweiten Generation, die mit 10 Prozent etwa durchschnittlich häufig Tafeln besuchen. Insgesamt hat gut jeder dritte Tafel-Besucher ausländische Wurzeln.

Die größte Gruppe unter den Tafelbesuchern sind Erwerbslose: Drei Viertel der Befragten gaben an, keiner Arbeit nachzugehen. Zu den Besuchern gehöre aber auch eine Gruppe von zwölf Prozent, die Vollzeit arbeiten. Zwei Drittel der Tafelbesucher beziehen laut Studie ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle, verfügen also über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung. „Die Tafeln stellen ein zunehmend wichtiges Angebot zur Bewältigung von Armut dar, sie können aber keine Dauerlösung für die Betroffenen sein“, sagte Co-Autor Jürgen Schupp.

Tafeln seit Ukraine-Krieg stärker beansprucht

Ein Viertel der Tafelbesucherinnen und -besucher sind Minderjährige. Besonders auffällig sei die Gruppe der Alleinerziehenden. Fast jede 20. alleinerziehende Person nehme Tafeln in Anspruch. „Dass vor allem Familien Tafeln nutzen müssen, wirft kein gutes Licht auf die soziale Absicherung von Kindern“, sagte Schupp. „Die Ampelkoalition muss jetzt zügig die Kindergrundsicherung auf den Weg bringen.“

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und im Zuge der Preissteigerungen werden Tafeln noch stärker beansprucht, wie die Forscher mitteilten. Die Autoren forderten staatliche Maßnahmen, die die Ursachen von Armut bekämpfen. „Es wird nicht ausreichen, mit dem Grundbetrag des Bürgergeldes nur die Inflation beim Hartz-IV-Satz auszugleichen“, erklärte DIW-Forscher Schupp. Zudem gelte es, bestehende staatliche Förderungen von Initiativen der Tafelbewegung zur Weiterentwicklung als Lotsenzentren fortzuführen und

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie: Antimuslimische und antisemitische Einstellungen verbreitet

Antimuslimische sowie antisemitische Einstellungen sind in Deutschland kein Randphänomen, sondern bei Menschen mit und ohne Migrationserfahrung durchaus verbreitet. Dabei manifestieren sich die Ressentiments jedoch unterschiedlich, wie aus einer Studie hervorgeht.

Antimuslimische und antisemitische Einstellungen sind einer Studie zufolge in Deutschland weit verbreitet. Wie aus einer am Mittwoch in Berlin vorgestellten Untersuchung des wissenschaftlichen Stabs des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) hervorgeht, sind solche Ressentiments bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte etwas häufiger zu finden als bei der Bevölkerung ohne Migrationserfahrung.

So haben Ressentiments gegenüber Muslimen in den vergangenen zehn Jahren insgesamt zwar abgenommen, sie sind aber weiterhin erkennbar. Noch größer ist die Skepsis gegenüber dem Islam als Religionsgemeinschaft an sich. „Das gilt vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht selbst dem muslimischen Glauben angehören. Nur knapp 43 Prozent von ihnen sagen, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt. Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund sagen dies mehr als die Hälfte“, so Nora Storz, Co-Autorin der Studie und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim SVR.

Weniger Antisemitismus bei Schulbesuch in Deutschland
Insgesamt vertraten den Angaben zufolge zwischen 10 und 50 Prozent der Befragten antisemitische Einstellungen – je nach Bevölkerungsgruppe und Form von Antisemitismus. Unterschieden wurde zwischen klassischem, sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus. Bei antiislamischen und antimuslimischen Einstellungen waren es zwischen einem Drittel und fast der Hälfte der Befragten.

Für die Studie wurden auf Grundlage des SVR-Integrationsbarometers 2020 die Menschen mit Migrationshintergrund gesondert in den Fokus genommen. Wer einen sogenannten Migrationshintergrund hat und in Deutschland die Schule besuchte, ist demnach seltener antisemitisch und antimuslimisch eingestellt. „Das liegt unter anderem daran, dass der Holocaust im deutschen Lehrplan eine zentrale Stellung einnimmt. Eine verstärkte Aufklärung über den Holocaust ist deshalb auch im Rahmen integrationspolitischer Maßnahmen sinnvoll – zum Beispiel bei Neuzugewanderten im Rahmen der Orientierungskurse.“, erklärt Jan Schneider, Leiter des wissenschaftlichen Stabs des SVR.

Antisemitische Einstellungen bei Türken und Arabern
Nur bei den Befragten mit türkischen Wurzeln habe es in Bezug auf antisemitische Einstellungen keine Rolle gespielt, wo sie die Schule abgeschlossen hätten. Aus dieser Gruppe habe mehr als die Hälfte der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ die Ansicht vertreten, dass Juden auf der Welt zu viel Einfluss hätten. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund aus der übrigen Welt seien es vier von zehn gewesen.

„Nach Auswertung der Daten gehen wir davon aus, dass antisemitische Einstellungen unter türkeistämmigen Muslimen und Muslimen zum Teil religiös-theologisch begründet sind. Die Haltung von arabischstämmigen

Zugewanderten ist dagegen eher auf das politisch-gesellschaftliche Narrativ im Herkunftsland zurückzuführen. Hier spielt der Nahostkonflikt eine nicht unbedeutende Rolle“, berichtet Dr. Nils Friedrichs, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim SVR und Co-Autor der Studie.

Diskriminierung beeinflusst antisemitische Einstellung
Zudem sei deutlich geworden, dass auch Diskriminierungserfahrungen zum Tragen kämen. „So neigen Menschen mit Migrationshintergrund, die sich aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert fühlen, häufiger zu antisemitischen Einstellungen als Menschen, die eine solche Diskriminierung nicht erfahren haben. Jene hingegen, die sich wegen ihrer Religion benachteiligt sehen, zeigen eher antimuslimische Einstellungen“, so Dr. Friedrichs.

Um Vorurteile abbauen zu können, ist den Forschenden zufolge der Kontakt von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion besonders wichtig. „Der interkulturelle und interreligiöse Austausch sollte deshalb vor allem mit Hilfe niedrigschwelliger Angebote etwa auf kommunaler Ebene gefördert werden, gerade unter jungen Menschen“, erläutert Schneider. Auch die Religionsgemeinschaften spielten hier eine wichtige Rolle. Muslimische Gemeinschaften könnten etwa dadurch einen Beitrag leisten, dass sie in Deutschland ausgebildete Imane einstellen.

Quelle: MiGLETTER 06.10.2022

Weibliche Migration - Frauen in der Migrationsgeschichte

Ob geflüchtet oder auf der Suche nach Arbeit: Frauen machen nicht nur die Hälfte der Weltbevölkerung aus, sondern auch der Migrant*innen. Zu Zeiten der Industrialisierung wanderten Frauen als Dienstmädchen aus, während des Wirtschaftswunders kamen "Gastarbeiterinnen" nach Deutschland. Mehr zu Frauen in der Migrationsgeschichte in einem sehr interessanten Artikel. <https://mediendienst-integration.de/artikel/frauen-in-der-migrationsgeschichte.html>

Quelle: Mediendienst Integration 14.10.2022

Forschungsbericht: Stand der Antidiskriminierungsarbeit

Bundesweit mangelt es an Beratungsstellen für Menschen, die Diskriminierung erleben. Laut der Studie „Gut beraten! Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Deutschland“, die im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes durchgeführt wurde, gibt es bundesweit weniger als 100 Vollzeitstellen für Antidiskriminierungsberatung – im Durchschnitt kommt damit nur ein*e Berater*in auf mehr als 920.000 Einwohner*innen. Neben der Bestandsaufnahme der aktuellen Beratungsstrukturen, legt sie ein Konzept dafür vor, wie eine qualifizierte Struktur für Antidiskriminierungsberatung in Deutschland ausgestattet sein muss. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/gut_beraten_flaechendeckende_antidiskriminierungsberatung.pdf;jsessionid=599F220600E23CD489A94BC19961A871.intranet242?_blob=publicationFile&v=2

Quelle: Mediendienst Integration 14.10.2022

GLOBALE NACHRICHTEN

Flüchtlingsjahr 2022

Die Zahl der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, steigt. Die Kommunen klagen über eine zunehmende Belastung. Der MEDIENDIENST hat die wichtigsten Zahlen und Fakten zu den Entwicklungen 2022 zusammengestellt: Die meisten Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, sind vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen. Es kommen auch wieder etwas mehr Geflüchtete aus anderen Ländern, verglichen mit der Zahl der Menschen aus der Ukraine sind es aber deutlich weniger. Mehr in unserer Recherche: <https://mediendienst-integration.de/artikel/5-fragen-antworten-zum-fluechtlingsjahr-2022.html>

Quelle: Mediendienst Integration 28.10.2022

UN-Bericht: Krisen machen Entwicklungsfortschritte zunichte

Neun von zehn Ländern weltweit sind in ihrer Entwicklung in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Lebensstandard zurückgefallen. Zahlreiche Krisen sorgten dafür, dass Fortschritte der vergangenen Jahre zunichtegemacht wurden, heißt es im Bericht zur menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Der Index zur menschlichen Entwicklung liege nun auf dem Niveau von 2016.

Der Bericht macht das Zusammenspiel unterschiedlicher Krisen und ihrer Folgen für die Rückschritte verantwortlich, zum Beispiel die Finanzkrise, den Klimawandel und die Corona-Pandemie. Die Menschen müssten sich mit sehr vielen Unsicherheiten arrangieren. Besonders hart treffe es Länder, deren wirtschaftliche Entwicklung fragil ist, was bestehende Ungerechtigkeiten weiter verstärke. Gleichzeitig werden Werte an nie gewesenen Reichtum gemessen. Für das Jahr 2021 führt die Schweiz die Liste des Human Development Index (HDI) an, Schlusslicht ist der Südsudan. Im diesjährigen Bericht erweitern die Autorinnen und Autoren ihre Analyse. Sie stellen fest, dass Unsicherheiten, gefühlte wie reale, zunehmen und dass damit auch das Thema der mentalen Gesundheit immer wichtiger für die Entwicklung wird.

Mit den Unsicherheiten nehme auch die politische Polarisierung zu, heißt es im Bericht. Das führe langfristig zu einer Spaltung von Gesellschaften und zu Misstrauen, das wiederum weiteren Maßnahmen zur Entwicklung im Weg stehe. Gleichzeitig sei eine Verschiebung von Demokratien hin zu Autokratien zu beobachten, die meist nur das Wohl einer kleinen Elite im Blick haben.

Investitionen, Absicherung und Innovation seien nötig, um sicherzustellen, dass in Zukunft wieder mehr Menschen besser versorgt sind, die Lebenserwartung steigt, mehr Menschen länger zur Schule gehen können und danach mehr Geld zur Verfügung haben, um ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, fordert die UN-Organisation. Zentral sei auch, die drohende Ernährungskrise abzuwenden.

Neben dem Fokus auf die menschliche Entwicklung nimmt der Bericht auch den Zustand der Umwelt in den Blick ebenso wie Strategien, diese zu schützen. Der Erhalt von Vögeln und Insekten beispielsweise sei eng damit verbunden, dass Landwirtschaft möglich bleibt und so die Ernährungslage grundlegend gesichert ist. Quelle: MiGLETTER 13.09.2022

FÖRDERMITTEL

Welthunger-Index 2022: Zahl der Hungernden auf 828 Mio. gestiegen

Immer mehr Menschen haben infolge von Kriegen, Klimawandel und anderen Krisen zu wenig zu essen. Die Zahl der Hungernden weltweit sei im vergangenen Jahr erneut auf 828 Millionen gestiegen, sagte die Präsidentin der Welthungerhilfe, Marlehn Thieme, am Donnerstag in Berlin. Im Vorjahr lag die Zahl der chronisch unterernährten Menschen demnach noch bei bis zu 811 Millionen.

Der Hunger nehme weltweit dramatisch zu, sagte Thieme. „Der Krieg in der Ukraine verschärft bestehende Krisen“, warnte die Präsidentin der Welthungerhilfe. Er habe bis August ein Viertel des weltweiten Getreidehandels zum Erliegen gebracht. Preisanstiege führten dazu, dass etwa in Haiti, Kenia und Bangladesch Mahlzeiten gestrichen würden. Multiple Krisen überlagerten und verstärkten sich gegenseitig. In Gebieten, die von Konflikten und Gewalt betroffen seien, lebten 60 Prozent der Hungernden.

Schlüsselfaktor: Klimawandel

Unter steigenden Nahrungsmittelpreisen litten die ärmsten und schwächsten Länder am stärksten, sagte Thieme. Ein Schlüsselfaktor für den negativen Trend ist laut Thieme der Klimawandel. Am Horn von Afrika herrsche derzeit eine der schlimmsten Dürren der vergangenen Jahrzehnte. Vom jüngsten Hochwasser in Pakistan seien 33 Millionen Menschen betroffen.

Während es seit dem Jahr 2000 in 32 Ländern Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers gegeben habe, verzeichneten Länder wie Kenia und Haiti eine dramatische Verschlechterung, sagte der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Mathias Mogge.

Der Krieg in der Ukraine werde auch 2023 und darüber hinaus den Hunger erheblich verschärfen, hieß es. Hinzu kämen strukturelle Ursachen wie Armut, Ungleichheit, mangelhafte Regierungsführung und Infrastruktur sowie geringe landwirtschaftliche Produktivität.

Der Welthunger-Index wird auf der Grundlage einer Formel berechnet, die bei den einzelnen Ländern Angaben zu Unterernährung, Wachstumsverzögerung, Auszehrung bei Kindern und Kindersterblichkeit kombiniert. 2022 wurden Daten aus 136 Ländern ausgewertet. Quelle: MiGLETTER 14.10.2022

FÖRDERMITTEL

Kulturstiftung des Bundes

Im Bereich Allgemeine Projektförderung können Kulturschaffende zwei Mal im Jahr Fördergelder für Projekte aus allen künstlerischen Sparten beantragen, für Bildende und Darstellende Kunst, Literatur, Musik, Tanz, Film, Fotografie, Architektur oder Neue Medien. Die Allgemeine Projektförderung der Kulturstiftung des Bundes zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht auf die Förderung einer bestimmten Sparte oder eines bestimmten Themas festgelegt ist. Es sind große, innovative Projekte im internationalen Kontext, die hier berücksichtigt werden können. Weitere Informationen: <https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/foerderung/allgemeine-projektfoerderung.html>

Quelle: Newsletter September 2022 - LKJ Thüringen e.V.

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Studie: Europäische Asylpolitik und lokales Verwaltungshandeln

In einer Forschungsstudie vergleichen die Wissenschaftler*innen Christian Lahusen, Karin Schittenhelm und Stephanie Schneider die praktische Arbeit in deutschen und schwedischen Asylbehörden. Untersucht wird unter anderem, wie die Behörden mit den Vorgaben der europäischen Asylpolitik umgehen und wie grenzüberschreitend zwischen Verwaltungen kooperiert wird. Weiteres dazu hier: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3330-6/europaeische-asylpolitik-und-lokales-verwaltungshandeln/>

Quelle: Mediendienst Integration 21.10.2022

Broschüre: „Jetzt sprechen wir. Eine Broschüre mit Perspektiven von queeren Mädchen und Frauen nach Flucht“

In Kooperation der Projekte Q_munity (Fachstelle Queere Jugend NRW) und IM*A – Intersektionale Mädchenarbeit (ehem. Mädchen* nach Flucht, LAGM*A NRW) entstand eine zweisprachige Publikation mit Artikeln, Berichten, Forderungen und Perspektiven zu den Lebenssituationen und Bedarfen queerer Mädchen und Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte.

Die Broschüre richtet sich an Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie an Interessierte, die sich mit der Erreichbarkeit queer positionierter Mädchen und jungen Frauen nach der Flucht auseinandersetzen möchten. Die Broschüre kann ab sofort kostenlos heruntergeladen und bei den an der Herausgabe beteiligten Organisationen LAGM*A NRW und der Fachstelle Queere Jugend NRW bestellt werden.

Broschüre "Jetzt sprechen wir!" und weitere Informationen unter: <https://www.queere-jugend-nrw.de/fachkraefte-material-und-tipps>.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Sprachbücher für ukrainische Kinder

Mit diesen Büchern soll die Integration leichter fallen und die Sprache einfacher gelernt werden.

Die Kinderbücher sind auch in weiteren Sprachen erhältlich: Arabisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.

Anfragen & Informationen: Theresa Meixner, theresa@einzigartige-medien.de, www.einzigartige-medien.de.

Broschüre: Die Aufnahme jüdischer Zuwandernder aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion

Die Broschüre gibt neben einem geschichtlichen Überblick zur Zuwanderung jüdischer Menschen nach Deutschland auch Informationen zu Einreise- und Antragszahlen. Zudem wird die Integration jüdischer Zugewanderter in den Blick genommen und das Projekt Gemeindecaching vorgestellt, dass das Bundesamt gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden fördert.

Die Broschüre zeigt auf, wie bunt und vielfältig jüdisches Leben in Deutschland ist. Download: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/MigrationAufenthalt/juedische-zuwanderer/juedische-zuwanderung-broschuere.html>

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 09/2022

Aktuelle DRK-Fachinformation zum Familiennachzug

Das DRK hat eine Fachinformation zum EUGH-Urteil vom 1.8.2022 veröffentlicht. Diese und weitere Hintergrundinformationen finden Sie auf der Homepage des Flüchtlingsrat Thüringen unter <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/familiennachzug>.

- [Fachinformation](#) des DRK-Suchdienstes zum Familiennachzug von und zu Flüchtlingen. Die EuGH-Entscheidungen vom 01. August 2022: Zeitpunkt der Minderjährigkeit beim Eltern- und Kindernachzug zu anerkannten Flüchtlingen (Sep. 2022)

- [Asyl.net](#): EUGH-Urteil (Familienzusammenführung mit einem minderjährigen Flüchtling und Nachzug eines volljährig gewordenen Kindes) v. 01.08.2022, Zur Pressemitteilung des EuGH, Hinweise von Pro Asyl (Aug. 2022)

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Lunes - die kostenlose Lern-App

Die gemeinnützige Tür an Tür - Digitalfabrik aus Augsburg unterstützt seit 1992 Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

Mit Lunes möchten sie Menschen mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache das Erlernen von berufsspezifischen Vokabeln erleichtern. Die App richtet sich somit an Geflüchtete und Neuzugewanderte, die gerade einen Beruf erlernen oder den Einstieg in einen Beruf finden. Die vom Bildungsministerium für Bildung und Forschung geförderte App ist direkt nach dem Herunterladen kostenlos und ohne Registrierung nutzbar.

Bisher sind über 35 Berufsbilder dort zu finden. Eine Erweiterung ist in Arbeit. Schulen, Unternehmen und andere Praxispartner können auch Bereiche in der App für eigenes Vokabelmaterial einrichten.

Nähere Informationen zur App finden Sie unter: <https://lunes.app>. Dort können Sie sich auch für den Newsletter eintragen, um als Erstes zu erfahren, welche Berufsbilder neu dazukommen.

Lunes ist auch auf Instagram (www.instagram.com/lunes.app/) und Facebook (www.facebook.com/applunes) zu finden.

Hier können Sie Lunes kostenlos herunterladen:

Download Android/Google: <https://play.google.com/store/apps/details?id=app.lunes>

Download Apple: <https://apps.apple.com/de/app/lunes/id1562834995>

Quelle: Tür an Tür - Digitalfabrik gGmbH

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller